

FORUM  
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

MIT 60 JAHREN  
FÄNGT DAS WÄHLEN AN

**DAS WAHLVERHALTEN DER ÄLTEREN  
GENERATION**

SABINE POKORNY



**ClimatePartner**<sup>o</sup>  
**klimateutral**

Druck | ID: 53323-1312-1010



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

© 2013, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Umschlagfoto: © m.schuckart – Fotolia.com  
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.  
Printed in Germany.*

*Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-95721-016-6

## INHALT

5	1. EINLEITUNG	
7	2. FORSCHUNGSSTAND	
11	3. DAS WAHLVERHALTEN ÄLTERER MENSCHEN IM ZEITVERLAUF	
23	4. POLITISCHE EINSTELLUNGEN ÄLTERER MENSCHEN VON 1976 BIS 2011	
	4.1 Parteibindung und Bewertung der Parteien von 1976 bis 2011 .....	23
	4.2 Bewertung der Bundeskanzler von 1976 bis 2011 .....	39
	4.3 Kirchenbindung von 1976 bis 2011 .....	41
44	5. SCHLUSSFOLGERUNGEN	
47	DIE AUTORIN	
47	ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

# 1. EINLEITUNG

Im Zuge des demographischen Wandels wird unsere Gesellschaft immer älter. Diese Entwicklung hat vielfältige Auswirkungen auf die Gesellschaft: Das Rentensystem steht vor einer Herausforderung, weil zu wenig Einzahler auf zu viele Rentenbezieher kommen werden. Auch im Gesundheitssystem wird sich bemerkbar machen, dass der Anteil der älteren Versicherten, die häufiger krank sind als jüngere, steigt. Auf dem Arbeitsmarkt wird schon heute ein Fachkräftemangel sichtbar, weil mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als eintreten. Auch im ländlichen Raum macht sich der demographische Wandel bemerkbar.

Zweifelsohne werden alle diese Probleme auch in der Politik nicht ohne Auswirkungen bleiben. Für die Zukunft des Parteiensystems stellt sich die Frage, ob die Veränderungen in der Altersstruktur der Wähler auch das Wahlverhalten und damit den Wahlausgang beeinflussen. Die Älteren haben schon jetzt einen größeren Einfluss auf den Ausgang einer Wahl als die Jüngeren, einfach weil sie zahlenmäßig überlegen sind. Frühere Studien können zeigen<sup>1</sup>, dass ältere Menschen anders wählen als jüngere Menschen. Ältere Menschen neigen stärker zur Union, während jüngere eher links orientiert sind. Doch wie entwickelt sich das Wahlverhalten älterer Menschen im Zeitverlauf? Sind die aktuellen Befunde ein neues Phänomen, oder gab es diesen Unterschied schon immer?

In diesem Zusammenhang wird in der Forschung immer noch diskutiert, ob es sich bei den Altersunterschieden im Wahlverhalten um einen Generationeneffekt oder um einen Lebenszykluseffekt handelt<sup>2</sup>. Bei einem Generationeneffekt wird davon ausgegangen, dass jede Generation eine spezifische politische Sozialisation durchlaufen hat, die ihr Wahlverhalten beeinflusst. Prognosen über die zukünftige Entwicklung des Wahlverhaltens wären dann sehr schwierig, da nicht absehbar ist, unter welchen politischen Bedingungen zukünftige Generationen aufwachsen werden<sup>3</sup>. Ein Lebenszykluseffekt würde dagegen bedeuten, dass das Wahlverhalten von der Position im Lebensverlauf bestimmt wird und sich mit zunehmendem Alter unabhängig von der Generationszugehörigkeit verändert. Unter diesen Umständen wären Prognosen zuverlässiger, da diese Entwicklung auch für zukünftige Generationen gelten müsste.

Da ein Blick in die Zukunft kaum möglich ist, soll wenigstens ein Blick in die Vergangenheit geworfen werden. Langfristige Entwicklungen des Wahlverhaltens von 1972 bis 2013 und der politischen Einstellungen älterer Menschen von 1976 bis 2011 können zumindest einen groben Anhaltspunkt geben, wie die zukünftige Entwicklung aussehen könnte.

- 1| Siehe u.a. Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Projektbericht; Jürgen W. Falter/ Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 463-503; Sabine Pokorny, 2012, *Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen*, Sankt Augustin/Berlin; Harald Schoen, 2006, *Junge Wilde und alte Milde? Jugend und Wahlentscheidung in Deutschland*, in: Edeltraut Roller/Frank Brettschneider/ Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“*, Wiesbaden, S. 379-406.
- 2| Vgl. Achim Goerres, 2008, *The grey vote: Determinants of older voters' party choice in Britain and West Germany*, in: *Electoral Studies* 27 (2), 2008, S. 286.; Achim Goerres, 2010, *Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/2010, S. 113; Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Projektbericht; Sabine Pokorny, 2012, *Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen*, Sankt Augustin/Berlin.
- 3| Vgl. Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Projektbericht.

## 2. FORSCHUNGSSTAND

Die Forschung hat sich schon mehrfach dem Phänomen des altersspezifischen Wahlverhaltens gewidmet. Dabei wurde untersucht, weshalb ältere Menschen häufiger an Wahlen teilnehmen als jüngere Menschen<sup>1</sup> und weshalb ältere Menschen zu anderen Parteien neigen als jüngere<sup>2</sup>. Für Rheinland-Pfalz untersuchte Jürgen W. Falter detailliert Unterschiede im Wahlverhalten und in den politischen Einstellungen<sup>3</sup>. Selbst der Frage, ob Alter eine neue dauerhafte Konfliktlinie darstellen könnte, wurde schon nachgegangen<sup>4</sup>.

Auch wenn die Wahrscheinlichkeit, an einer Wahl teilzunehmen, in allen Altersgruppen sinkt, neigen ältere Menschen noch immer deutlich häufiger zur Wahl als die Jüngeren<sup>5</sup>. Im europäischen Vergleich kommt Achim Goerres zu dem Schluss, dass dafür vor allem die im Lebensverlauf zunehmende Wahlnorm verantwortlich ist<sup>6</sup>.

In Bezug auf das Wahlverhalten stellen alle Untersuchungen fest, dass ältere Menschen vermehrt zur Wahl von CDU und CSU neigen. Bei den Grünen verhält es sich genau umgekehrt. Sie werden überwiegend von Jüngeren gewählt. Für die anderen Parteien zeigen sich dagegen keine eindeutigen altersspezifischen Unterschiede<sup>7</sup>.

Auch in den politischen Einstellungen unterscheiden sich ältere von jüngeren Menschen. Ältere Menschen besitzen häufiger eine Parteibindung, sind mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Mitglied in einer Gewerkschaft und besitzen

eine stärker ausgeprägte Wahlnorm<sup>8</sup>. Damit ist das Gefühl gemeint, als Staatsbürger zumindest die moralische Pflicht zu empfinden, zur Wahl zu gehen. Ältere Menschen stufen sich auf der Rechts-Links-Skala tendenziell etwas weiter rechts ein als jüngere Menschen<sup>9</sup>. Des Weiteren fällt der Anteil an Postmaterialisten an den über 60-Jährigen geringer aus als bei den 18- bis 29-Jährigen. Im Gegenzug sind sie stärker materialistisch eingestellt<sup>10</sup>. Gleichzeitig besitzen ältere Menschen ein stärkeres Institutionenvertrauen, sind aber Parteien und Politikern gegenüber skeptischer<sup>11</sup>.

Im Zusammenhang mit dem Alter diskutieren die meisten Autoren die Frage nach dem Einfluss von Lebenszyklus und Generation. Die Befunde dazu sind durchaus unterschiedlich. Goerres' Analysen legen den Schluss nahe, dass die unterschiedliche Wahlbeteiligung der verschiedenen Altersgruppen überwiegend auf Lebenszykluseffekte zurückzuführen ist<sup>12</sup>. Für die CDU-Wahlabsicht folgern Jürgen W. Falter und Uwe W. Gehring dagegen, dass der Generationeneffekt der dominanter sei<sup>13</sup>. Ähnliches konstatiert Falter in einer neueren Studie<sup>14</sup>. Auch für die Wahlabsicht der Grünen zeigen die Analysen, dass der Generationeneffekt stärker ist als der Lebenszykluseffekt. Dabei wird aber auch deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen, in den jüngeren Jahrgängen zunächst stark zunimmt, gegen Ende der Zeitreihe aber wieder leicht zurückgeht<sup>15</sup>. Sollte die Wahl der Grünen also tatsächlich stärker von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation als vom Alter beeinflusst werden, würde das noch keine Schlüsse über zukünftige Stimmenverteilungen zulassen. Denn es ist völlig unklar, welche Präferenzen diejenigen Generationen aufweisen werden, die in den kommenden Jahren erstmals wählen dürfen. In einer neueren Untersuchung berichtet Falter für die Wahl der Grünen dagegen einen stärkeren Alterseffekt, der den Generationeneffekt überlagere. Das würde bedeuten, dass „die Grünen [...] nicht durch die jüngeren Generationen profitieren [können], weil sie von dem negativen Effekt der alternden Gesellschaft stärker betroffen sind“<sup>16</sup>.

Im Folgenden soll mit Hilfe der Politbarometer-Daten von 1976-2011<sup>17</sup> die Entwicklung des Wahlverhaltens und der politischen Einstellungen älterer Menschen<sup>18</sup> im Zeitverlauf genauer betrachtet werden, um weitere Erkenntnisse über den Einfluss des Alters auf das Wahlverhalten zu finden.

- 1] Achim Goerres, 2007, *Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 9, S. 90-121.
- 2] Achim Goerres, 2008 *The grey vote: Determinants of older voters' party choice in Britain and West Germany*, in: *Electoral Studies* 27 (2), S. 285-304.
- 3] Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Projektbericht.
- 4] Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 463-503.
- 5] Viola Neu, 2012, „Dann bleib ich mal weg“. *Der Mythos der Partei der Nichtwähler*, Sankt Augustin/Berlin.
- 6] Achim Goerres, 2007, *Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 9, S. 90-121.
- 7] Achim Goerres, 2007, *Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 9, S. 90-121; Achim Goerres, 2008 *The grey vote: Determinants of older voters' party choice in Britain and West Germany*, in: *Electoral Studies* 27 (2), S. 285-304; Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 463-503; Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Projektbericht.
- 8] Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 469.
- 9] Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 472; Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Projektbericht, S. 20f.
- 10] Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 474f.
- 11] Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 475ff.
- 12] Achim Goerres, 2007, *Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 9, S. 90-121.
- 13] Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 488ff.
- 14] Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Projektbericht, S. 28.
- 15] Jürgen W. Falter/Uwe W. Gehring, 1998, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen, S. 500f.

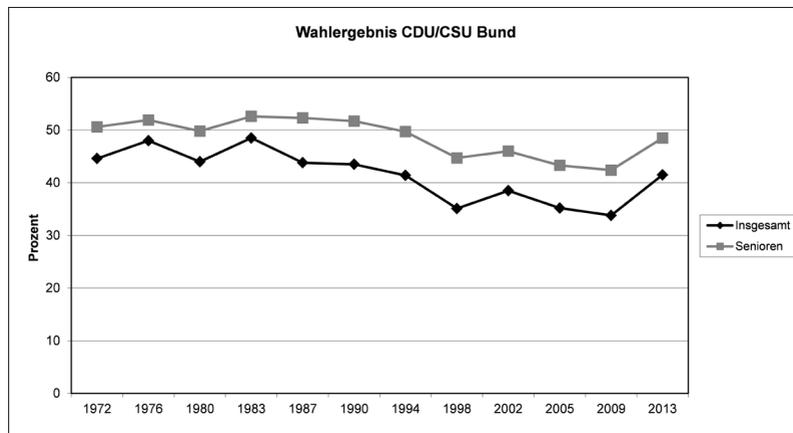
- 16| Jürgen W. Falter, 2010, *Demographischer Wandel und Wahlverhalten. Studie zum Wahlverhalten älterer Bürger und zu den Folgen des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz, Projektbericht, S. 30.*
- 17| Die Datensätze wurden über das Datenarchiv der GESIS bezogen.
- 18| Als ältere Menschen oder im Folgenden auch als Senioren werden in Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen Personen ab 60 Jahren bezeichnet.

### 3. DAS WAHLVERHALTEN ÄLTERER MENSCHEN IM ZEITVERLAUF

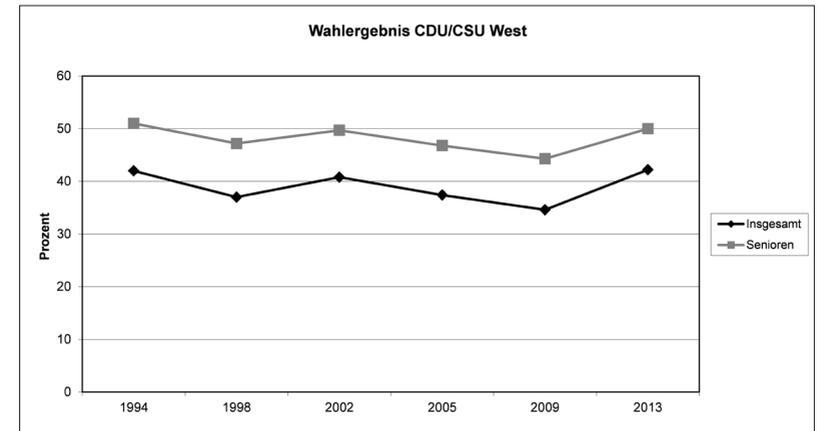
Mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik des Bundeswahlleiters lassen sich die Wahlergebnisse der Parteien für die verschiedenen Altersgruppen im Zeitverlauf darstellen<sup>1</sup>. Vergleicht man das bundesdeutsche Wahlergebnis von CDU und CSU in der Gruppe der Senioren mit dem durchschnittlichen Ergebnis der Union bei Bundestagswahlen von 1972 bis 2013<sup>2</sup>, fällt die ausgeprägte Parallelität der Verläufe ins Auge: Steigt das Gesamtergebnis der Union, steigt auch ihr Anteil unter den älteren Menschen. Sinkt der durchschnittliche Anteil von CDU/CSU dagegen, sinkt auch ihr Anteil bei den Senioren. Wenn die Unionsparteien die Durchschnittsbevölkerung mit einem guten Programm und guten Kandidaten überzeugen können, erreichen sie damit folglich auch die älteren Wähler. Zwischen 1972 und 2009 hat die Union sowohl bei der Gesamtbevölkerung als auch unter den Senioren fast 10 Prozentpunkte eingebüßt. Bei der Bundestagswahl 2013 konnten die Unionsparteien aber ein so gutes Ergebnis erzielen, dass sie bei den Senioren sogar fast wieder das Niveau von 1972 erreicht haben. Und auch in der Gesamtbevölkerung lagen sie wieder über der 40-Prozent-Marke.

Denn der einzige Unterschied zwischen den Senioren und allen anderen besteht im Niveau der Wahlergebnisse. Unter den Senioren schneidet die Union um etwa fünf bis zehn Prozentpunkte besser ab als im Durchschnitt. Dieses höhere

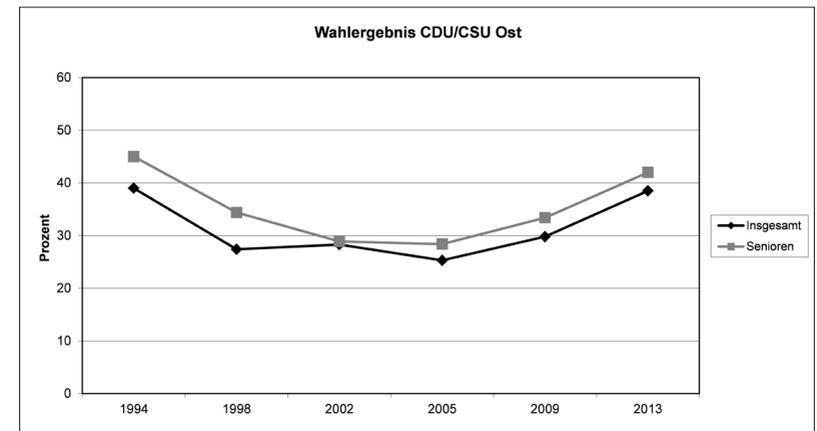
Niveau im Wahlergebnis von CDU/CSU bei älteren Menschen bleibt konstant in der Zeit von 1972 bis 2013. Obwohl es sich um einen Zeitraum von 41 Jahren und zwölf Bundestagswahlen handelt, verändert sich der Unterschied zwischen den Altersgruppen im Wahlergebnis der Union nicht. Gleiches gilt für Westdeutschland in der Zeit von 1994 bis 2013. Auch hier entwickeln sich die Wahlergebnisse der Union im Durchschnitt und unter den über 60-Jährigen vollkommen parallel mit einem konstant höheren Abschneiden der Union unter den Senioren. In Ostdeutschland ist dieses Muster zwar ähnlich, aber weniger stark ausgeprägt. Der Unterschied zwischen den Altersgruppen ist geringer als in Westdeutschland. Bei der Bundestagswahl 2002 konnten CDU/CSU in der ostdeutschen Gesamtbevölkerung sogar denselben Anteil erzielen wie bei den älteren Menschen.



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung



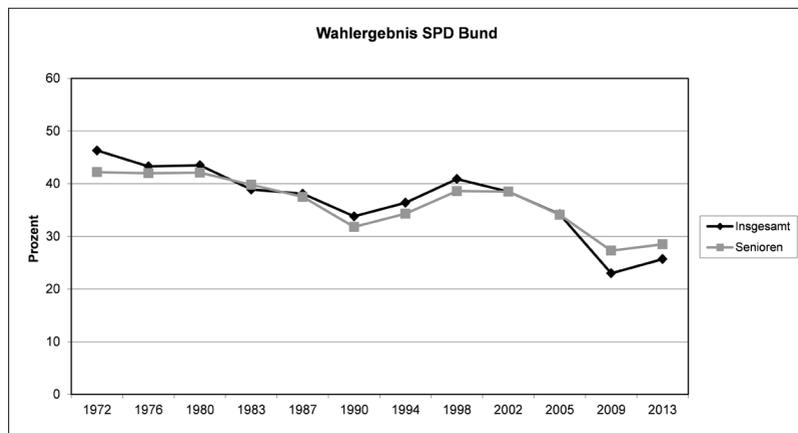
Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung



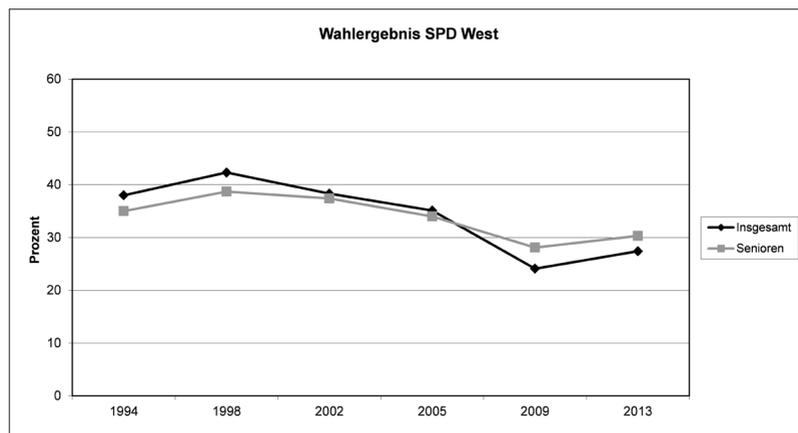
Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

Für die Wahlergebnisse der SPD bei Bundestagswahlen zeigt sich im Gegensatz zur Union keine große Diskrepanz beim Wahlverhalten älterer Wähler für das gesamte Bundesgebiet. Die über 60-Jährigen stimmen zu einem ähnlichen Anteil für die SPD wie der Durchschnitt. Die SPD hat in beiden Gruppen deutlich an Stimmen verloren. 1972 konnten die Sozialdemokraten noch über 40 Prozent erzielen, während sie 2009 erstmals unter die 30-Prozent-Marke fielen. Bei der Bundestagswahl 2013 konnten sie sich zwar wieder leicht verbessern, blieben aber immer noch deutlich unter 30 Prozent.

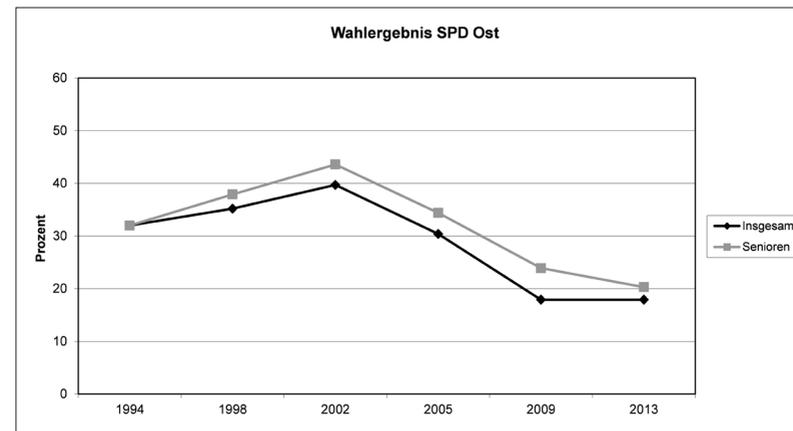
Betrachtet man die Wahlergebnisse der SPD getrennt nach alten und neuen Bundesländern, zeigen sich für Westdeutschland ebenfalls keine Altersunterschiede. In Ostdeutschland hat sich hingegen seit 1998 eine leichte Altersdifferenz ergeben. Unter Senioren schneiden die Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern etwas besser ab als im Durchschnitt. Der Unterschied ist jedoch sehr gering und hat sich 2013 wieder verringert.



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

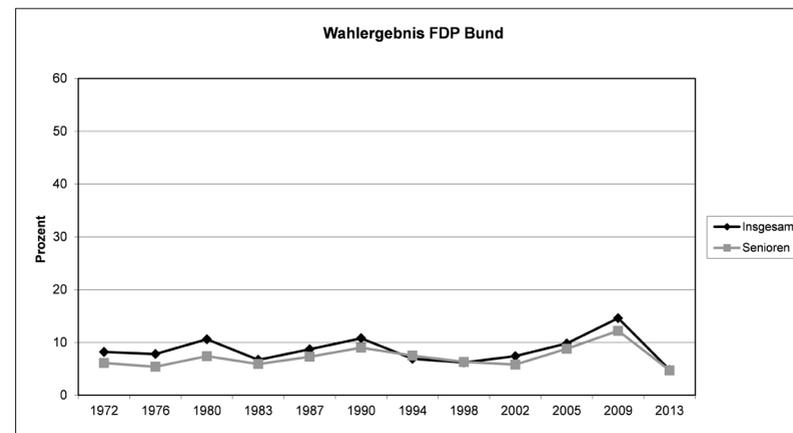


Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

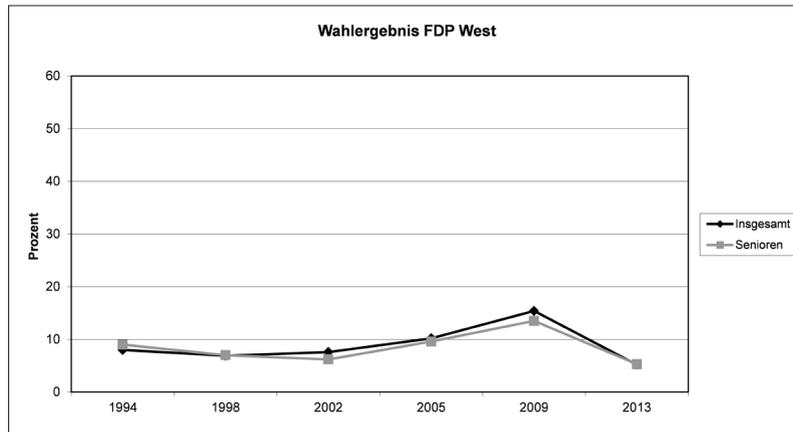


Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

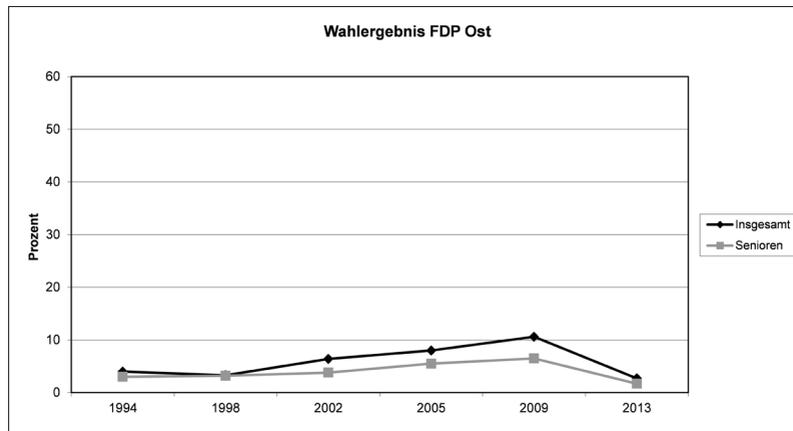
Ebenso wie bei der SPD zeigen sich bei den Wahlergebnissen der FDP in Gesamtdeutschland keine nennenswerten Altersdifferenzen. Senioren wählen zu einem etwa gleich hohen Anteil die FDP wie die Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz zur SPD lässt sich bei den Liberalen kein eindeutiger Trend ablesen. Nachdem sie 2009 ihr bis dato bestes Ergebnis einfahren konnten, fielen sie 2013 erstmals unter die 5-Prozent-Hürde. Auch die getrennte Betrachtung nach West- und Ostdeutschland liefert keine anderen Erkenntnisse. In der Wahl der FDP unterscheiden sich die älteren Wähler nicht von allen anderen Wählern.



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung



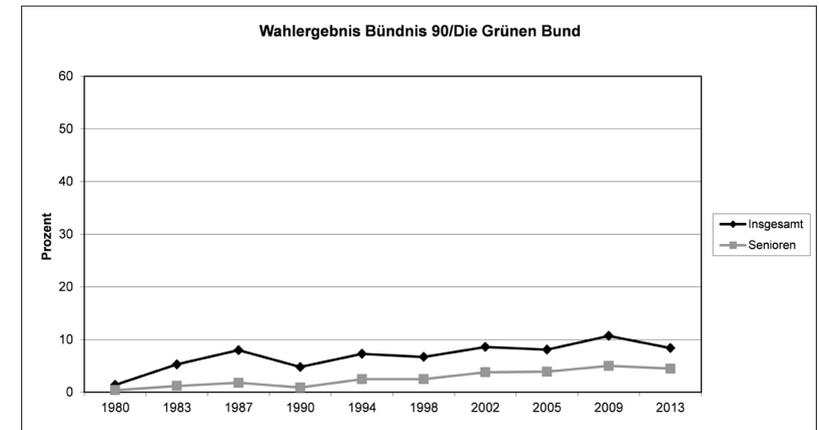
Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung



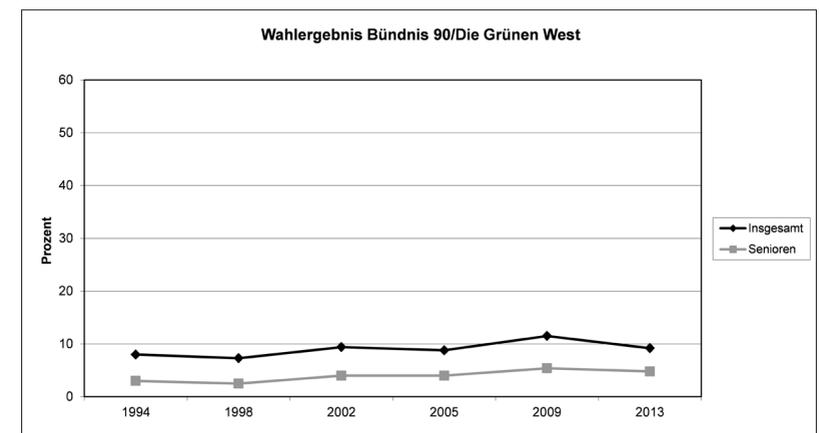
Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

Die bundesweiten Wahlergebnisse von Bündnis 90/Die Grünen sind im Gegensatz zur FDP klar von Altersunterschieden geprägt. Unter den über 60-Jährigen erzielen die Grünen durchgehend unterdurchschnittliche Stimmenanteile. Sie können weniger ältere Wähler von sich überzeugen als im Durchschnitt. Über die Zeit hinweg ist dieser Unterschied relativ konstant. Seit 1980 konnten die Grünen sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch bei den Senioren leicht an Stimmen hinzugewinnen. Allerdings sind sie bei der Wahl 2013 wieder auf ein einstelliges Ergebnis zurückgefallen.

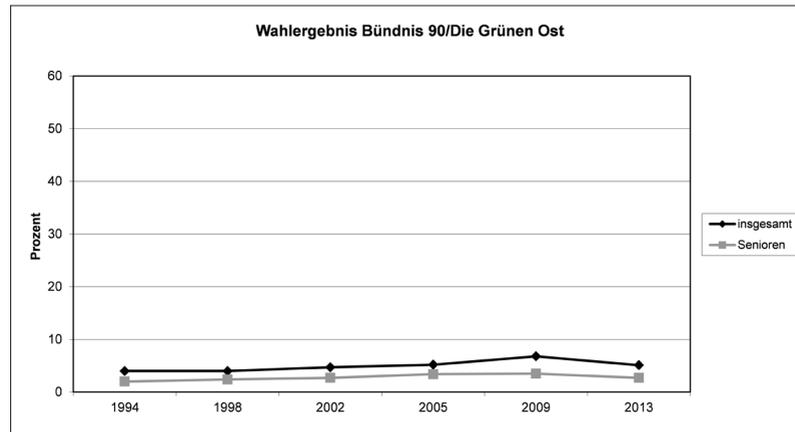
Vergleicht man die Wahlergebnisse der Grünen in den alten mit denen in den neuen Bundesländern, stellt man fest, dass der Unterschied zwischen den Senioren und dem Durchschnitt in den alten Ländern besonders deutlich ausgeprägt ist. In den neuen Ländern fällt er schwächer aus. Hier erzielen die Grünen auch in der Gesamtbevölkerung schlechtere Ergebnisse als im Westen.



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

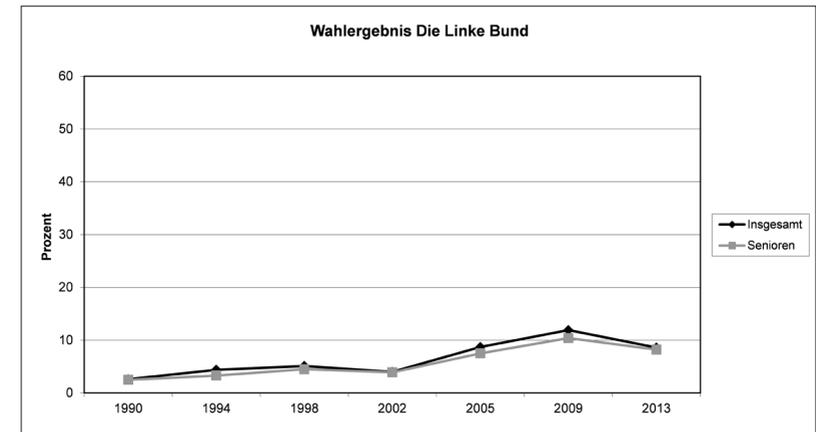


Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

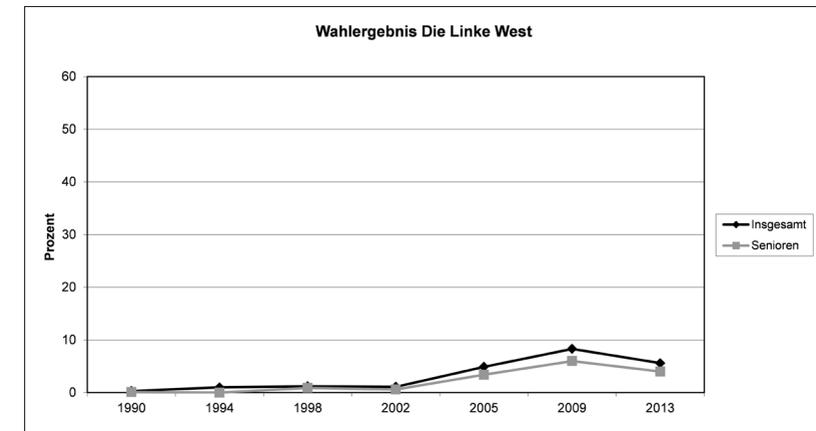


Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

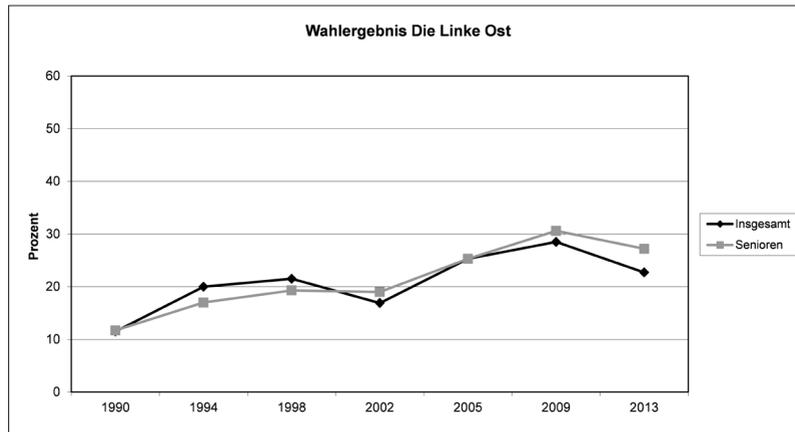
Ähnlich der SPD und der FDP zeigen die Wahlergebnisse der Linken kein altersspezifisches Wahlverhalten. Weder im Bund noch getrennt nach West- und Ostdeutschland unterscheiden sich die Senioren in der Wahl der Linken/PDS<sup>3</sup> vom Durchschnitt der Wähler. Die Linke konnte im Zeitverlauf an Stimmen hinzugewinnen, obwohl ihr direkt nach der Wiedervereinigung schon das Totenglöckchen geläutet wurde. In den alten Bundesländern war die Linke lange Zeit tatsächlich eine Randscheinung, deren Stimmenanteil kaum der Rede wert war. Erst seit der Bundestagswahl 2005, der die Kooperation von PDS und WASG vorausging, konnte die Linke auch im Westen Erfolge erzielen, die deutlich über ein Prozent hinausgehen. Doch auch im Osten, wo die Linke schon 1990 deutlich stärker war als im Westen, konnte sie ihren Stimmenanteil bis 2009 sowohl bei Senioren als auch im Durchschnitt – abgesehen von einem leichten Einbruch bei der Bundestagswahl 2002 – deutlich erhöhen. 2013 verlor die Linke allerdings sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland wieder an Stimmen. In Westdeutschland sank sie in etwa auf das Niveau von 2005, im Osten schnitt sie schlechter ab als 2005.



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

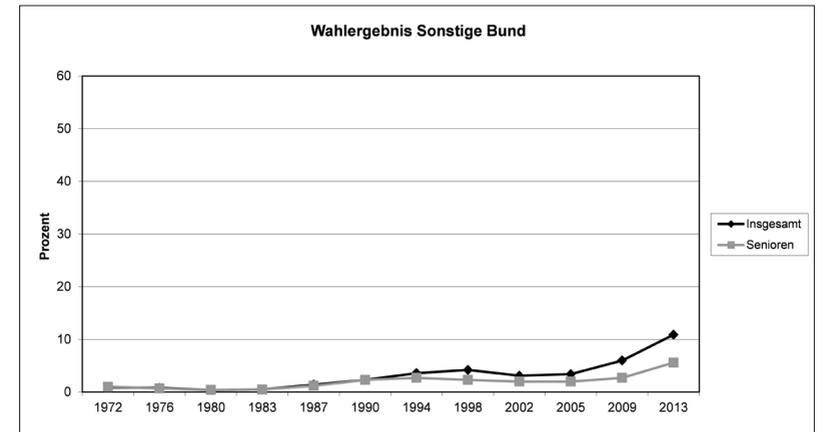


Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

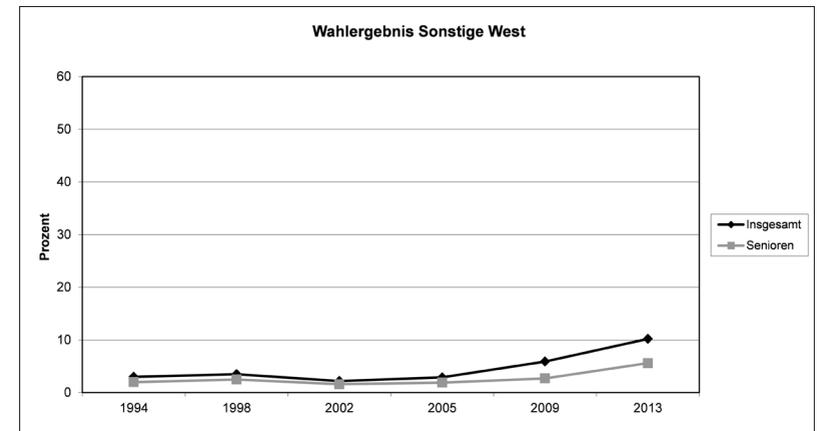


Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

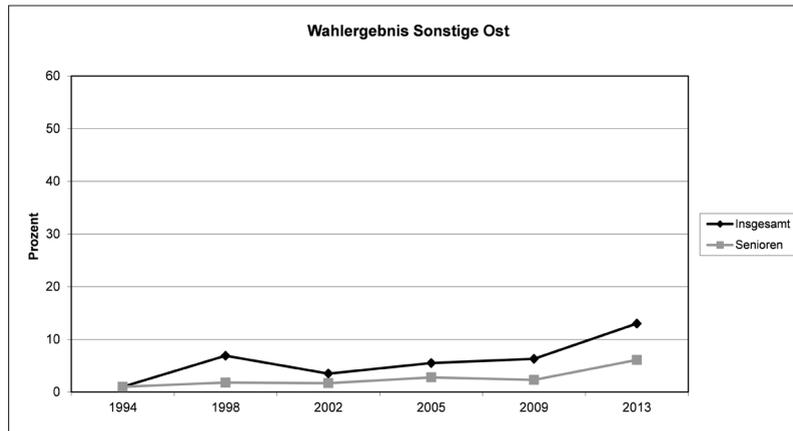
Bei den sonstigen Parteien fällt vor allem auf, dass ihr Stimmenanteil im Zeitverlauf zugenommen hat. Besonders bei der Bundestagswahl 2013 liegt der Anteil der Sonstigen über den früheren Ergebnissen. Bis Anfang der 1990er Jahre war der Anteil der sonstigen Parteien verschwindend gering, sowohl in der Gesamtwählerschaft als auch bei den Senioren. Erst ab Ende der 1990er Jahre zeichnet sich ein leichter Altersunterschied ab. Unter den über 60-Jährigen fahren die sonstigen Parteien schlechtere Ergebnisse ein als im Durchschnitt. Diese Entwicklung ist vor allem auf die neuen Bundesländer zurückzuführen. In den alten Bundesländern ist der Anteil der Sonstigen auch nach der Wiedervereinigung relativ konstant und gering. Erst 2009 wird ein leichter Altersunterschied sichtbar, der sich 2013 noch verstärkt. In den neuen Ländern dagegen liegt der Anteil der Sonstigen in der gesamten Wählerschaft deutlich über dem West-Niveau und über dem Anteil bei den älteren Menschen. Ältere Menschen in Ost- und Westdeutschland neigen offenbar weniger zu den kleinen und stärker zu den etablierten Parteien als der ostdeutsche Durchschnitt. Ob eine stärkere Parteibindung der älteren Wähler dafür ausschlaggebend sein könnte, werden die folgenden Analysen zeigen.



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung



Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Darstellung

- 1| Da für die Bundestagswahl 2013 die Zahlen der repräsentativen Wahlstatistik zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vorlagen, wurden für das Wahlverhalten der Senioren 2013 die Daten der Wahltagsbefragung von der Forschungsgruppe Wahlen verwendet.
- 2| Bis 1987 handelt es sich um Westdeutschland, ab 1990 um die gesamte Bundesrepublik.
- 3| Von 1990 bis 2007 hieß die Partei PDS. Mit der endgültigen Fusion von PDS und WASG 2007 wurde die Partei Die Linke geschaffen. Aus Gründen der Einfachheit wird im Folgenden für den gesamten Untersuchungszeitraum von der Partei Die Linke gesprochen.

## 4. POLITISCHE EINSTELLUNGEN ÄLTterer MENSCHEN VON 1976 BIS 2011

Woran kann es liegen, dass ältere Menschen eher zur Wahl der Union neigen, dafür die Grünen seltener wählen als der durchschnittliche Wähler? Im Folgenden wird die Entwicklung verschiedener politischer Einstellungen dargestellt<sup>1</sup>, um dieser Frage genauer auf den Grund zu gehen.

Ein weit verbreiteter Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten ist der sozialpsychologische Ansatz<sup>2</sup>, der drei Erklärungsgrößen heranzieht: die Parteibindung<sup>3</sup>, die Kandidaten-Orientierung und die Issue-Präferenz als Orientierung an politischen Themen. Da die Bedeutung der einzelnen politischen Themenfelder über die Zeit hinweg stark variiert, ist leider keine langfristige Untersuchung der Entwicklung der Themen-Orientierung möglich. Daher werden im Folgenden nur die Parteibindung, ergänzend dazu die Parteibewertung, die Kanzlerbewertung sowie zusätzlich die Kirchengangshäufigkeit betrachtet.

### 4.1 PARTEIBINDUNG UND BEWERTUNG DER PARTEIEN VON 1976 BIS 2011

Die Parteibindung als langfristig emotionale Bindung an eine Partei hat sich im Vergleich mit der Kandidaten-Orientierung und der Themen-Orientierung als besonders erklärungsmächtig erwiesen. Sie vermittelt die Wahrnehmung

und Bewertung der Kandidaten und der inhaltlichen Positionierung der Parteien.

In Westdeutschland zeigt sich über den Zeitraum von 1976 bis 2011, dass die Parteibindung insgesamt rückläufig ist. Der Anteil derjenigen, die sich mit keiner Partei identifizieren, steigt von 15,7 Prozent im Jahr 1976 auf 40,2 Prozent im Jahr 2011 an. Dies ist im Einklang mit dem Befund der Wahlforschung, dass das Wahlverhalten immer volatiler wird. Vor allem Wähler ohne eine feste Parteibindung wechseln häufiger zwischen den verschiedenen Parteien.

Der Rückgang der Parteineigung betrifft vor allem die beiden Volksparteien. CDU/CSU und SPD büßen im dargestellten Zeitraum 13,3 und 17,2 Prozentpunkte ein. 1976 gaben 39,4 Prozent der Befragten an, sich mit der Union zu identifizieren. 2011 sind es nur noch 26,1 Prozent. Die SPD kam zu Beginn des Untersuchungszeitraums auf 38,6 Prozent Parteigebundene, 2011 liegt sie bei 21,4 Prozent.

Der Anteil an Befragten mit Parteineigung zur FDP sinkt ebenfalls, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau, von 5,5 auf 1,9 Prozent<sup>4</sup>. Die Grünen wurden 1982 zum ersten Mal im Politbarometer abgefragt. Zu diesem Zeitpunkt gaben 1,7 Prozent der Befragten an, den Grünen zuzuneigen. Im folgenden Jahr waren es 3,8 Prozent. 2011 nennen 8,1 Prozent der Westdeutschen eine Parteibindung zugunsten der Grünen. Damit können die Grünen als einzige Partei im Untersuchungszeitraum nennenswert hinzugewinnen. Die Linke bewegt sich auf sehr niedrigem Niveau, da sie in Westdeutschland nach wie vor eine geringere Rolle spielt als in den neuen Bundesländern. Für Westdeutschland wird die Linke erstmals 1994 im Politbarometer aufgenommen, damals noch als PDS. Lediglich 0,1 Prozent der Befragten berichteten damals eine Parteibindung an die Linke/PDS. 2011 liegt der Anteil mit 1,3 Prozent zwar höher, ist aber immer noch geringer als der Anteil jeder anderen Partei in den alten Bundesländern.

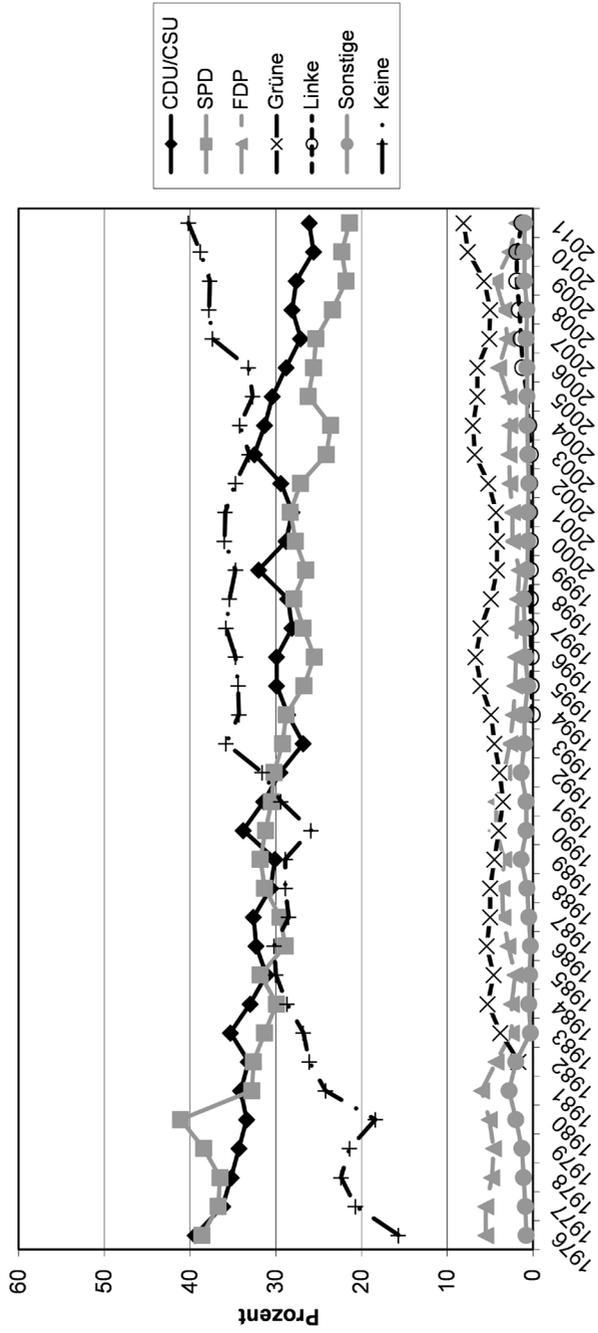
Bei den westdeutschen älteren Befragten hat sich die Parteibindung etwas anders entwickelt als im westdeutschen Durchschnitt. Auffällig ist vor allem, dass der Anteil der Ungebundenen nicht so stark gestiegen ist wie in der Gesamtbevölkerung. 1976 war das Niveau mit 14,6 Prozent ungebundener Senioren ähnlich wie im Durchschnitt. 2011 ist der Anteil der ungebundenen Senioren auf 32,3 Prozent angestiegen und liegt

damit 7,9 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Anteil. Gleichzeitig besitzen überdurchschnittlich viele Senioren eine Parteibindung an die Union. 1976 fühlten sich 44,1 Prozent der älteren Befragten an CDU/CSU gebunden, 2011 sind es 34,8 Prozent. Auch die SPD hat unter den Senioren etwas weniger Parteianhänger eingebüßt. Der Anteil der SPD-gebundenen über 60-Jährigen sinkt von 35,3 auf 26,7 Prozent. Die FDP verliert mit einem Rückgang von 5,7 auf 1,7 Prozent unter den Älteren minimal stärker als im Durchschnitt. Erneut sind die Grünen und die Linke die einzigen Parteien, die ihren Anteil an Parteigebundenen ausbauen können, wenn auch nicht so stark wie im Durchschnitt. Der Anteil der Grünen-Anhänger unter den Senioren steigt von 0,2 auf 3,4 Prozent, die Linken können sich von 0 auf 0,6 Prozent verbessern. Damit zeigt sich, dass die älteren Wahlberechtigten in Westdeutschland analog zum Wahlverhalten auch stärker zu den beiden Unionsparteien neigen als der Durchschnitt. Im Gegenzug identifizieren sie sich unterdurchschnittlich häufig mit den Grünen.

Der geringere Rückgang der parteigebundenen Senioren kann vermutlich darauf zurückgeführt werden, dass die Älteren mehr Zeit hatten, sich an eine Partei zu binden. Jüngere Menschen entwickeln erst eine Parteibindung, die sich dann im Laufe ihres Lebens verfestigen muss. Dieser Prozess hat bei älteren Menschen schon stattgefunden. Dennoch ist die Parteibindung auch unter den über 60-Jährigen rückläufig. Das deutet darauf hin, dass auch ihr Wahlverhalten volatiler wird (siehe Abbildungen Seite 26 und 27).

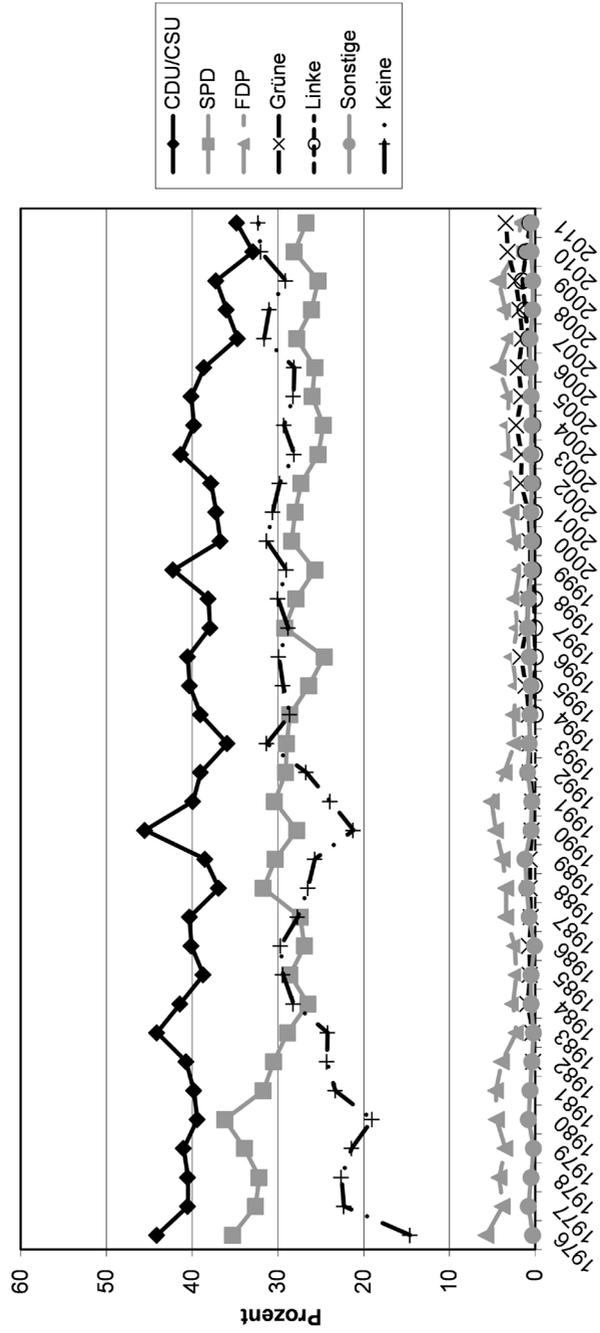
Wie ist es nun in den neuen Ländern, wo die Menschen zumindest zum größten Teil nicht diese lange Zeit der Bindung an eine der heute wählbaren Parteien hatten? Hier gibt es mehr Ungebundene als in den alten Ländern. Seit 1991 sind es aber nicht wesentlich mehr geworden. Zwar schwankt der Anteil der Ungebundenen zwischen 1991 und 2011 teils deutlich und liegt meist zwischen 40 und 50 Prozent. Ein eindeutiger Trend nach oben oder unten ist nicht erkennbar. Die beiden Volksparteien weisen in Ostdeutschland weniger Parteigebundene auf als in Westdeutschland. Dafür ist ihr Anteil insgesamt in etwa konstant geblieben. Nur bei der SPD zeigt sich seit 2007 ein leichter Rückgang. Die FDP startete 1991 mit 5,2 Prozent ostdeutscher Identifizierer. In den Folgejahren hat sie stark verloren, bis sie 1997 mit 0,5 Prozent ihren Tiefstand erreicht hat. 2011 bekennen sich wieder 1,4 Prozent der Befragten zu einer Parteineigung zu den Liberalen. Die Grünen konnten

### Parteieneigung West



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

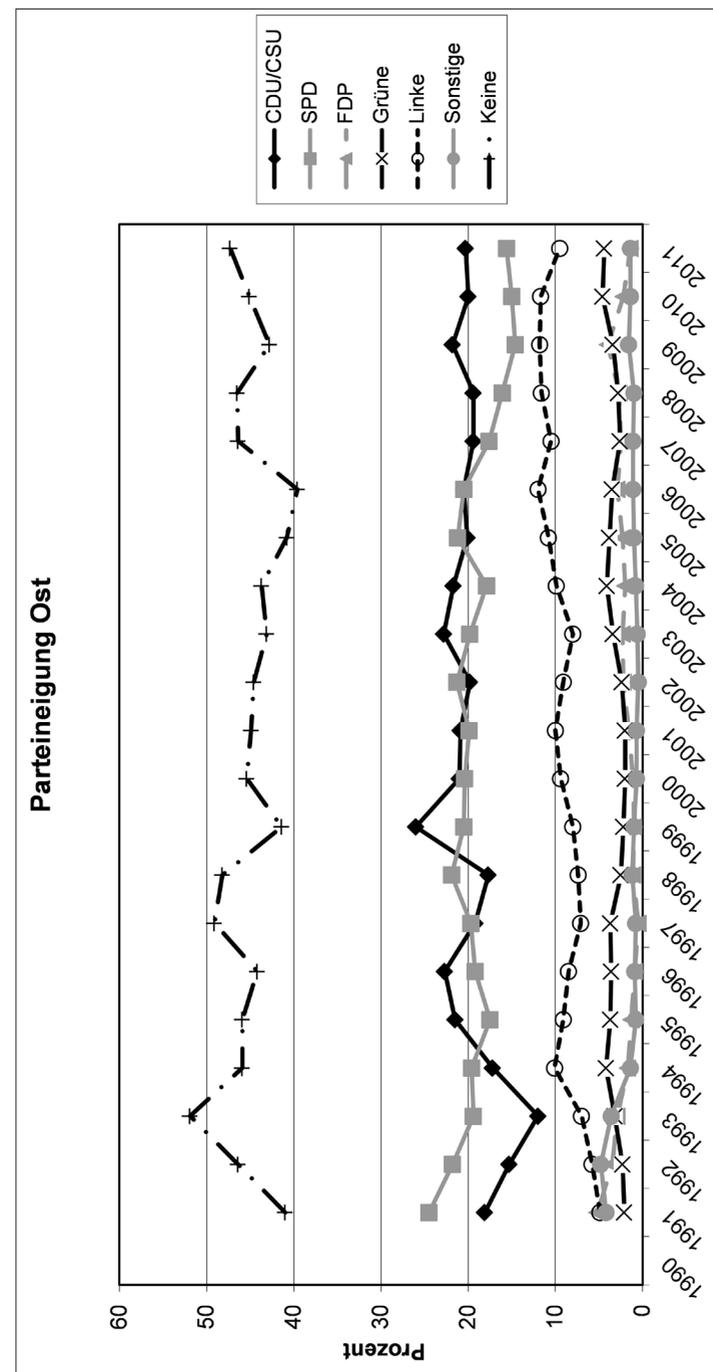
### Parteieneigung West Senioren

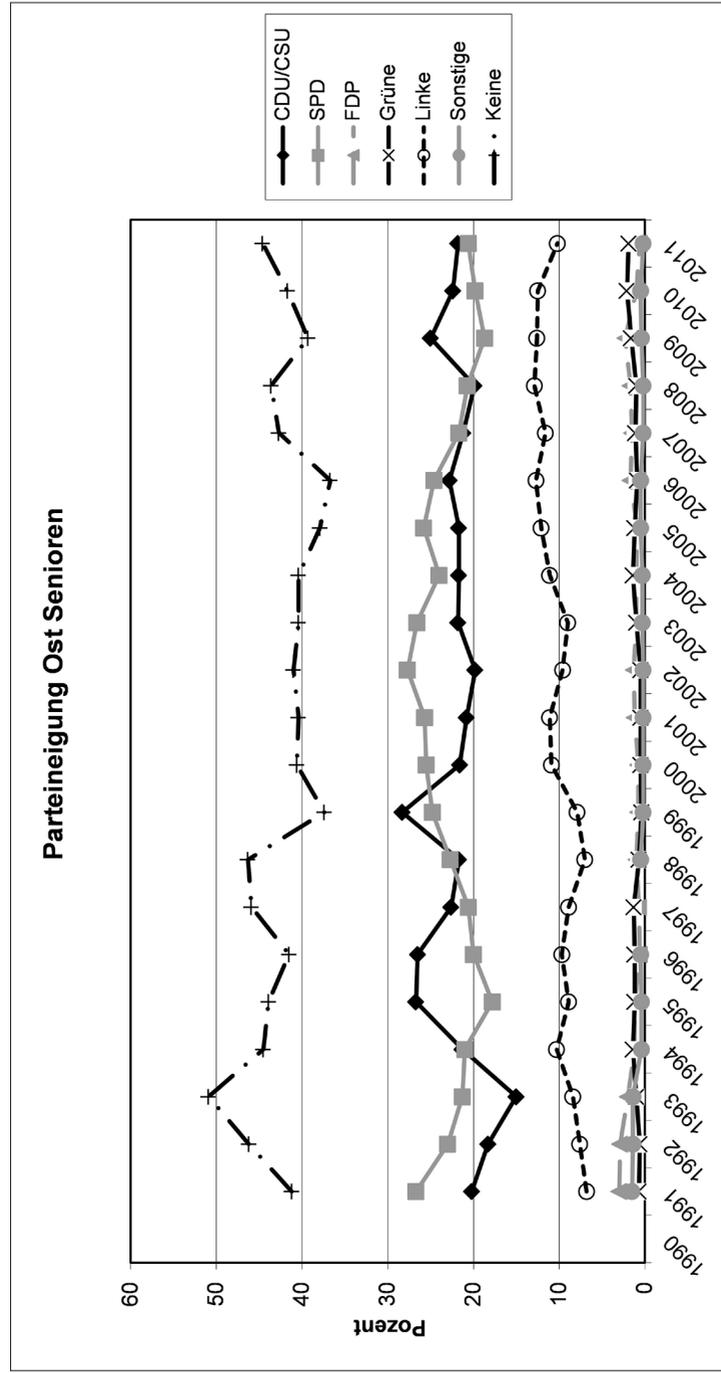


Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

ähnlich wie im Westen auch im Osten neue Parteigebundene hinzugewinnen, liegen aber mit 4,4 Prozent 2011 immer noch unter westdeutschem Niveau. Die Linke ist die einzige Partei, mit der sich mehr ostdeutsche als westdeutsche Bürger identifizieren. Sie lag 1991 bei 4,9 Prozent und konnte sich sogar auf 9,5 Prozent in 2011 verbessern. Damit geben 2011 deutlich mehr Ostdeutsche an, der Linken zuzuneigen, als den Grünen oder der FDP.

Die Unterschiede zwischen dem ostdeutschen Durchschnitt und den älteren Ostdeutschen fallen geringer aus als in Westdeutschland. Der Anteil an Ungebundenen unter den über 60-Jährigen liegt nur leicht unter dem Durchschnitt. Auch wenn in der Wahlforschung immer wieder über eine Quasi-Parteibindung der Ostdeutschen an die West-Parteien noch zu Zeiten der DDR diskutiert wird, sprechen die Daten dafür, dass die Menschen in den neuen Ländern eben nicht ihr ganzes Leben lang Zeit hatten, um eine dauerhafte Parteibindung zu entwickeln. Die Entwicklung der Parteibindung zur Union verläuft unter den Senioren nahezu parallel zur Gesamtentwicklung mit nur leichten Niveauunterschieden. Auch bei Linken und FDP zeigen sich keine bedeutsamen Unterschiede. Die Grünen weisen etwas weniger Parteianhänger unter den über 60-Jährigen auf als im Durchschnitt der neuen Länder. Abweichend zu den alten Bundesländern neigen die Senioren etwas häufiger der SPD zu als im Mittel der Befragten. Auch hier passen die Befunde zum berichteten Wahlverhalten. Im Osten neigen die Älteren leicht überdurchschnittlich zur SPD und leicht unterdurchschnittlich zu den Grünen. Der Vorsprung der Union unter den Senioren fällt im Osten sowohl beim Wahlverhalten als auch bei der Parteibindung geringer aus als im Westen.



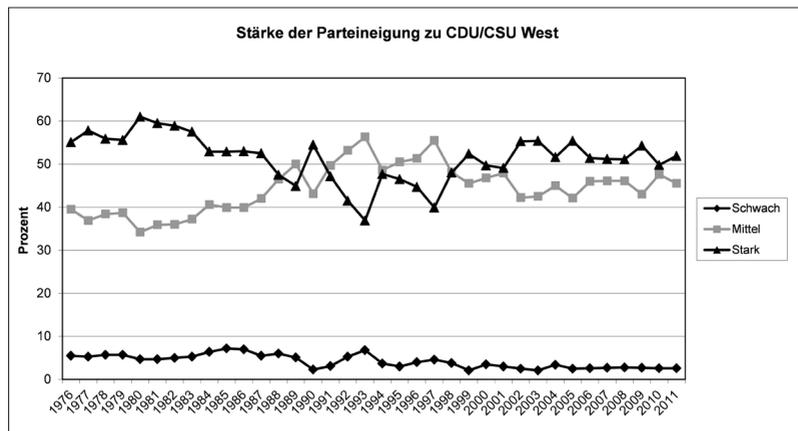


Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

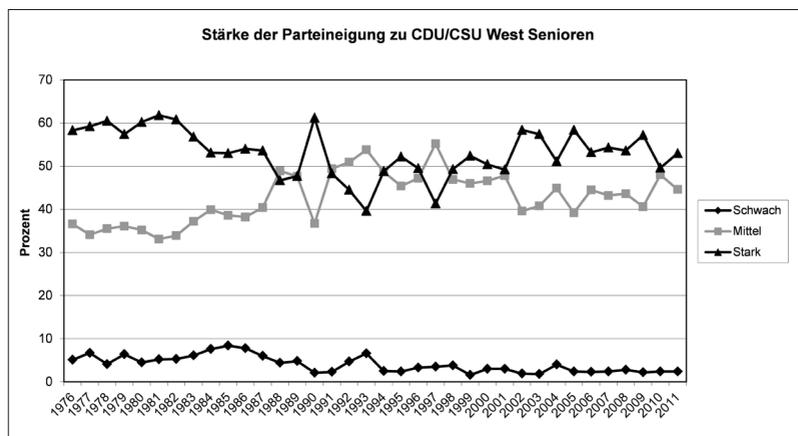
Neben dem Vorhandensein einer Parteibindung ist auch die Stärke der Parteibindung für das Wahlverhalten relevant. Da ältere Menschen – zumindest in Westdeutschland – sich zu einem höheren Anteil an die Union gebunden fühlen als an eine der anderen Parteien, wird im Folgenden die Entwicklung der Stärke der Parteibindung an CDU und CSU betrachtet.

Wer eine Parteineigung zur Union besitzt, hat offenbar eine mittel bis stark ausgeprägte Bindung. Bis Ende der 1980er Jahre überwiegt der Anteil der stark Gebundenen in Westdeutschland mit 50 bis 60 Prozent. In den 1990er Jahren schwanken die Anteile mittel und stark Unions-Gebundener zum Teil sehr deutlich, insgesamt gibt es in dieser Phase aber mehr mittelstark gebundene Menschen. Seit dem Beginn des neuen Jahrtausends sind die Schwankungen wieder geringer und es gibt etwas mehr stark gebundene Unions-Anhänger. Heute gibt es mehr mittelstark an CDU und CSU gebundene Bürger als in den 1970er und 1980er Jahren. Eine nur schwache Bindung bildet die Ausnahme und spielt eigentlich keine Rolle.

Die Stärke der Parteibindung zur Union hat sich unter westdeutschen Senioren analog zur Gesamtheit entwickelt. Es sind keine bedeutsamen Unterschiede festzustellen. Der Rückgang der Parteibindung an die Union hat in Westdeutschland sowohl bei der Gesamtheit als auch bei den über 60-Jährigen zu einem leichten Anstieg der mittleren Parteineigung und einem leichten Absinken der starken Parteineigung geführt. Die Stärke der Parteibindung unterscheidet sich nicht zwischen der Gesamtheit und den Älteren. Auch wenn die Senioren also häufiger eine Parteineigung zu CDU/CSU aufweisen, ist sie nicht stärker oder schwächer ausgeprägt als im Durchschnitt der gesamten Wählerschaft.



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

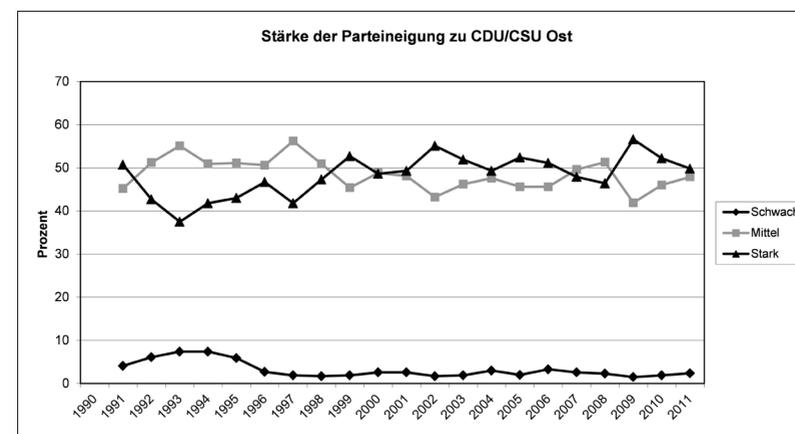


Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

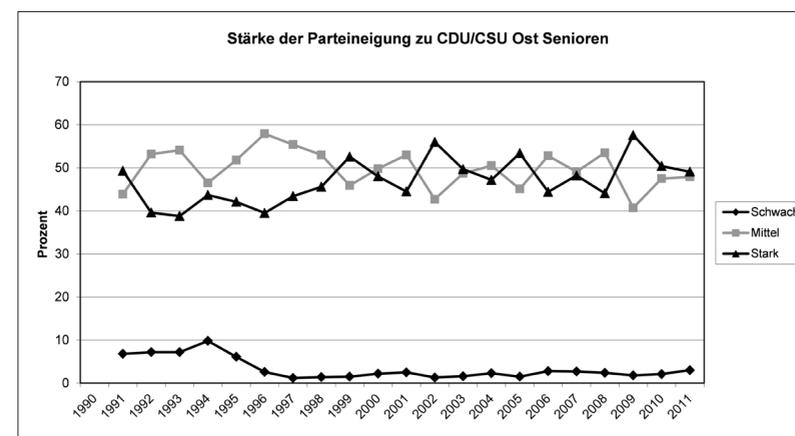
Auch in den neuen Bundesländern überwiegt der Anteil an mittel und stark gebundenen Unions-Anhängern. In den 1990er Jahren überwog der Anteil an mittlerer Parteineigung zu CDU und CSU. Seit 2000 schwanken die Anteile der mittleren und der starken Parteibindung um die 50 Prozent. Damit fühlen sich die ostdeutschen Befragten, die sich mit der Union identifizieren, genauso stark an ihre Partei gebunden wie die westdeutschen Personen mit Parteineigung zu CDU/CSU. Seit Mitte der 1990er Jahre ist der Anteil an schwach an die Union gebundenen Befragten in Ostdeutschland gesunken und liegt nun auf einem ähnlich verschwindend geringen Niveau wie in Westdeutschland.

Auch in den neuen Ländern fällt der Unterschied zwischen der Gesamtheit und den über 60-Jährigen minimal aus. Die Anteile der mittleren und starken Parteibindung zu den Unionsparteien schwanken bei den Senioren etwas ausgeprägter als im Durchschnitt. Insgesamt verläuft die Entwicklung aber sehr ähnlich. Obwohl eine Parteineigung an die Union bei Senioren in Ostdeutschland seltener ist, unterscheidet sich die Stärke der Parteineigung nicht bedeutsam von Westdeutschland.

In beiden Landesteilen fühlen sich etwa gleich viele Menschen mit Parteibindung zu CDU und CSU mittel oder stark an ihre Partei gebunden. Eine schwach ausgeprägte Parteibindung spielt keine Rolle. Das gilt für den Durchschnitt genauso wie für die Senioren.



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

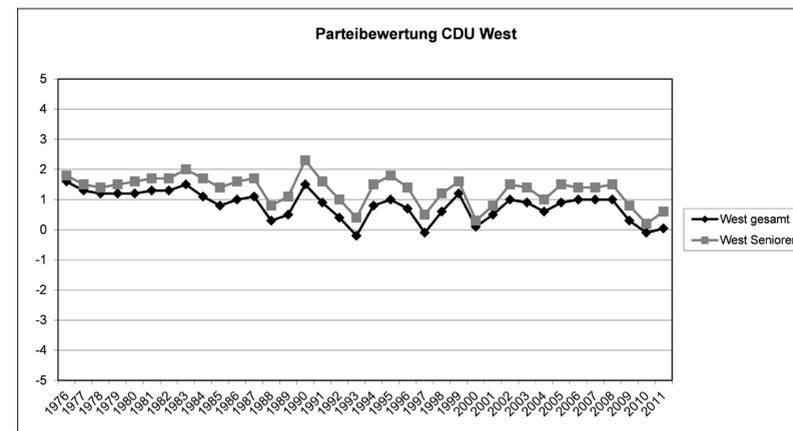


Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

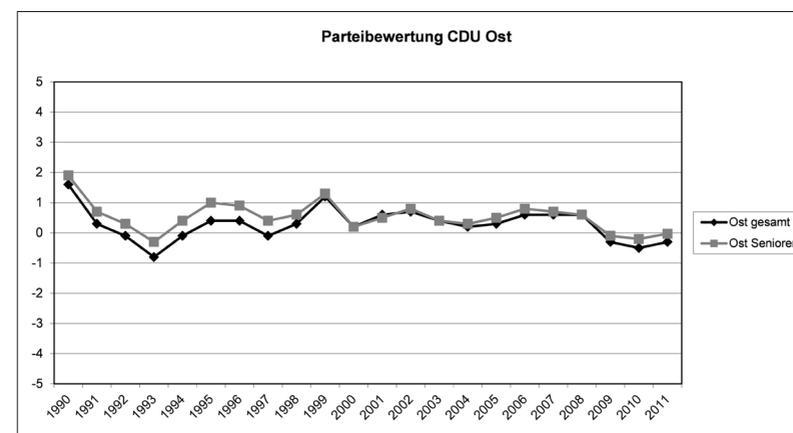
Eine Parteibindung vereinfacht die Wahlentscheidung, da Menschen mit Parteibindung mit höherer Wahrscheinlichkeit die Partei wählen, der sie nahe stehen. Das gilt aber nur für diejenigen, die eine Parteineigung besitzen. Dieser Anteil sinkt kontinuierlich. Daher braucht man für den steigenden Anteil an Menschen ohne Parteibindung einen anderen Indikator, um das Wahlverhalten zu erklären. Hier bietet sich die Parteibewertung anhand des sogenannten Parteiskalometers an. Alle Befragten, egal ob mit oder ohne Parteibindung, werden gebeten, für alle Parteien auf einer Skala von -5 bis +5 die Sympathie anzugeben. Da über 60-Jährige häufiger die CDU/CSU wählen und ihr öfter zuneigen als die durchschnittliche Bevölkerung, kann vermutet werden, dass Senioren die Unionsparteien auch besser bewerten. Gleichzeitig sollte kein Unterschied in der Bewertung der SPD bestehen. Die Grünen müssten hingegen von den Älteren schlechter bewertet werden als im Durchschnitt.

Westdeutsche Senioren bewerten die CDU<sup>5</sup> tatsächlich etwas besser als der westdeutsche Durchschnitt. Die Kurven verlaufen allerdings vollkommen parallel. Wird die CDU in der Gesamtbevölkerung besser bewertet, kann sie auch bei den Senioren punkten. Verliert sie an Zustimmung, gilt das ebenfalls für beide Gruppen. Lediglich das Niveau unterscheidet sich. Die über 60-Jährigen bewerten die CDU um bis zu einen Skalenpunkt besser als der Durchschnitt.

In Ostdeutschland sieht es anders aus. Bis zum Jahr 1998 wird die Union von den über 60-Jährigen als sympathischer bewertet als von der ostdeutschen Gesamtbevölkerung. Ab 1999 verschwindet dieser Unterschied. Nun unterscheidet sich die Sympathie für die CDU nicht zwischen den Senioren und der Gesamtheit. In den neuen Bundesländern scheinen sich die Senioren in ihrer Bewertung der CDU an die anderen Altersgruppen anzupassen. Sympathie für eine Partei und Wahlverhalten gehen hier Hand in Hand.

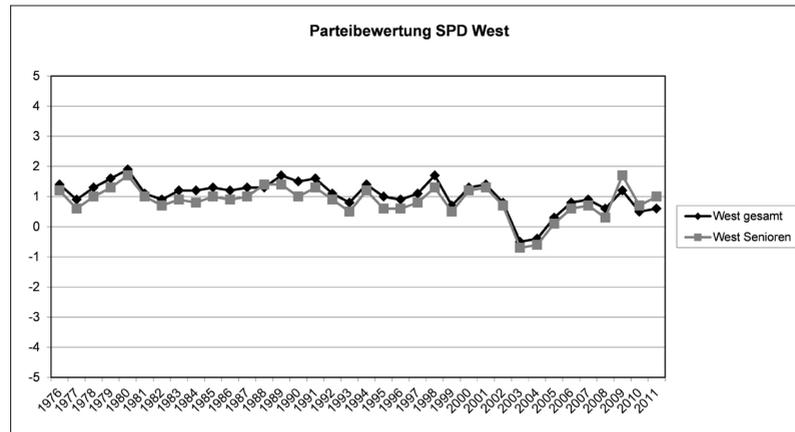


Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

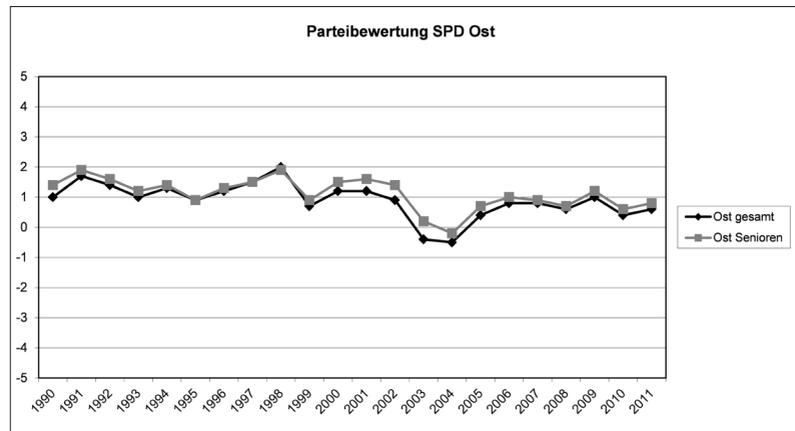


Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

Bei der SPD zeigen sich keine altersspezifischen Unterschiede im Wahlergebnis. Analog dazu finden sich auch keine Altersdifferenzen in der Bewertung der SPD. Das gilt für die alten genauso wie für die neuen Bundesländer. Bei der Bewertung der SPD über die Zeit fällt allerdings seit 1990 eine erstaunliche Parallelität der Verläufe in West- und Ostdeutschland auf. In beiden Landesteilen verliert die SPD im Jahr 2003 deutlich an Sympathien. Ab 2005 steigen die Werte wieder und die SPD kann sich erholen.



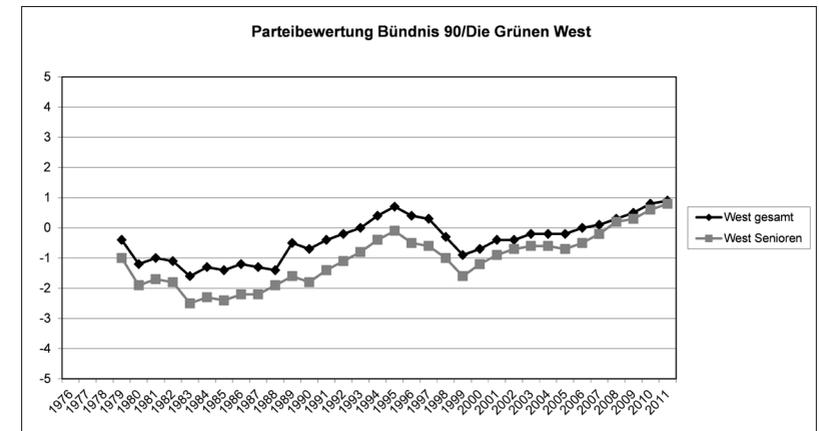
Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen



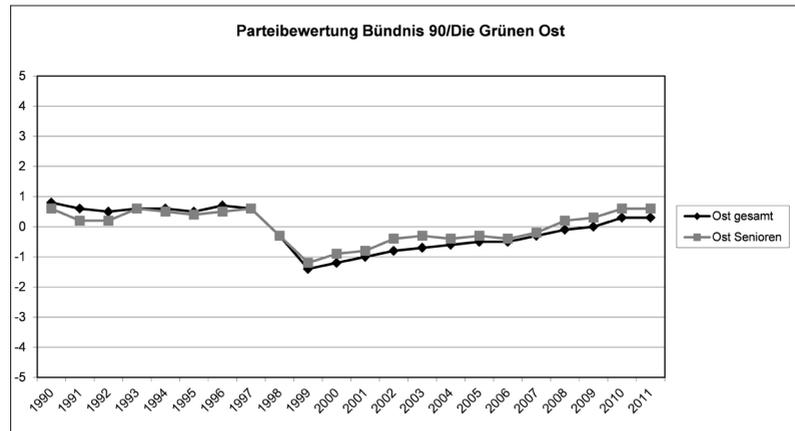
Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

Bei der Bewertung der Grünen zeigt sich in Westdeutschland wie erwartet ein Altersunterschied. Die über 60-Jährigen bekunden weniger Sympathien für die Grünen als die Gesamtheit. Allerdings wird der Unterschied ungefähr seit dem Jahr 2000 immer geringer. Seit 2008 liegt die Bewertung der Senioren gleichauf mit der westdeutschen Gesamtheit. Diese Angleichung der Altersgruppen bei der Parteibewertung schlägt sich jedoch nicht im Wahlergebnis der Grünen nieder.

In den neuen Bundesländern ist der Altersunterschied im Wahlergebnis der Grünen nur minimal. Entsprechend finden sich auch keine Altersdifferenzen in der Bewertung der Partei. Die Grünen müssen in Ostdeutschland sowohl unter den über 60-Jährigen als auch in der Gesamtbevölkerung Ende der 1990er Jahre Sympathieeinbußen hinnehmen, von denen sie sich nur langsam erholen. Erst gegen 2009 können sie wieder ein ähnliches Sympathieniveau erreichen wie vorher. In Westdeutschland gibt es diesen Einbruch ebenfalls. Allerdings beginnt er schon früher und erstreckt sich über einen längeren Zeitraum. Zudem geht er nicht von einem vormals konstanten Wert aus. Die Grünen konnten seit Ende der 1980er Jahre in Westdeutschland deutlich an Sympathien hinzugewinnen bis zu einem vorläufigen Höhepunkt im Jahr 1995. Danach beginnt der erneute Rückgang der Sympathien. 2011 können sie dann an ihren früheren Erfolg anknüpfen und werden wieder so gut bewertet wie 1995.



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

Parteibindung und Parteibewertung sind zwei unterschiedliche Maße, um die Nähe zu einer Partei zu messen. Bei der Parteibindung handelt es sich um eine langfristige und emotionale Bindung an eine Partei. Der Anteil derjenigen, die nicht mehr über eine solche Bindung verfügen, ist deutlich gestiegen. Die Parteibewertung ist jedoch eine kurzfristige und aktuelle Sympathie für eine Partei. Im Gegensatz zur Parteibindung können mehrere Parteien gleich gut bewertet werden. Zudem können auch Menschen ohne eine Parteibindung eine Bewertung für jede Partei abgeben.

Diese Unterschiede werden auch bei den Differenzen zwischen Senioren und Gesamtbevölkerung sichtbar. In Westdeutschland besitzen Senioren häufiger eine Parteibindung zur Union und bewerten die Partei auch besser als der Durchschnitt. Dagegen weisen westdeutsche Senioren unterdurchschnittlich häufig eine Parteineigung zu den Grünen auf, bewerten sie seit 2008 aber ähnlich gut wie der westdeutsche Durchschnitt. Offenbar können die Grünen auch außerhalb ihrer Parteianhänger bei den über 60-Jährigen Sympathien für sich verbuchen, die sich jedoch bisher nicht im Wahlverhalten und in der Parteibindung niederschlagen.

In Ostdeutschland finden sich generell geringere Differenzen zwischen Senioren und der Gesamtbevölkerung. Die westdeutschen Muster gelten hier nur bedingt.

## 4.2 BEWERTUNG DER BUNDESKANZLER VON 1976 BIS 2011

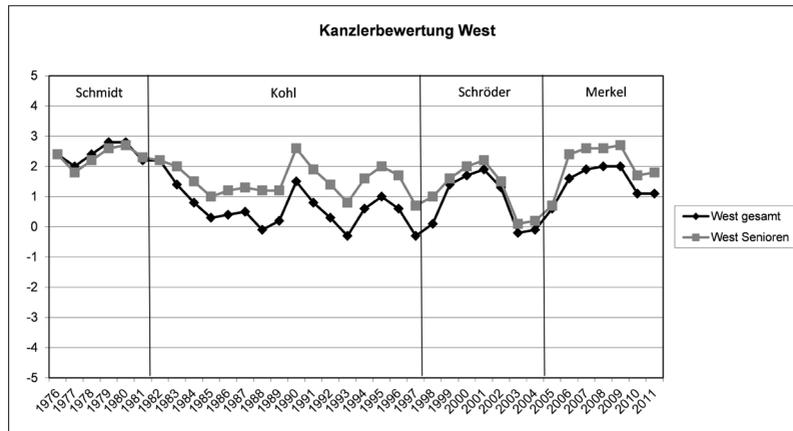
Neben der Parteibindung und der Parteibewertung spielt der Kanzlerkandidat eine bedeutsame Rolle für die Wahlentscheidung. Wenn die Senioren die Kanzler der Unionsparteien als sympathischer bewerten als der Durchschnitt, könnte das neben der erhöhten Parteibindung die stärkere Neigung zur Union erklären. Wenn gleichzeitig bei den SPD-Kanzlern kein Unterschied zwischen den Altersgruppen festgestellt werden kann, deutet das ebenfalls auf einen Zusammenhang zwischen Kandidatenbewertung und Wahlverhalten.

In Westdeutschland bestätigen sich diese Erwartungen. Helmut Kohl und Angela Merkel werden von den Senioren auf einer Skala von -5 bis +5 besser bewertet als im Durchschnitt. Bei Helmut Schmidt und Gerhard Schröder lässt sich hingegen kein Unterschied zwischen den Altersgruppen feststellen. Zudem zeigt die Kanzlerbewertung über die Zeit, dass lange kein Kanzler nach Schmidt so hohe Sympathien auf sich vereinen konnte. Helmut Kohl konnte nur kurz nach der Wiedervereinigung unter den über 60-Jährigen einen ähnlich hohen Wert erzielen. In der Gesamtheit wird Kohl jedoch selbst zu dieser Zeit nicht so gut bewertet wie sein Vorgänger. Auch Gerhard Schröder kann an diese Werte nicht anknüpfen. Erst Angela Merkel kann unter den Senioren Sympathiewerte auf Schmidt-Niveau erreichen. Sie wird sogar vier Jahre in Folge gut bewertet; das hat selbst Helmut Schmidt nicht geschafft. In der Gesamtbevölkerung wird Merkel etwas schlechter bewertet als bei den über 60-Jährigen. Dennoch kann sie auch hier noch deutlich bessere Sympathiewerte erzielen als beispielsweise Helmut Kohl. Auch Schröder kommt nur kurzzeitig im Jahr 2001 auf ähnliche Werte wie Angela Merkel.

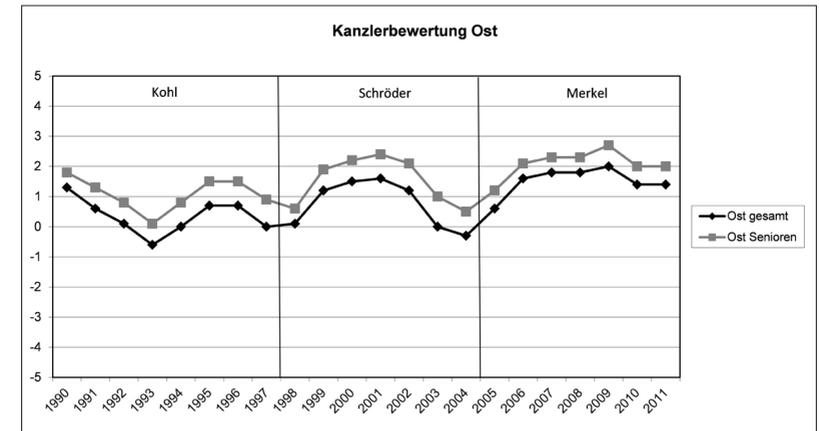
Für die neuen Bundesländer beginnt die Zeitreihe erst 1990, ein Vergleich mit den Werten von Helmut Schmidt ist entsprechend nicht möglich. In Ostdeutschland werden im Gegensatz zu Westdeutschland alle Bundeskanzler von den Senioren besser bewertet als im Durchschnitt. Die Sympathiewerte für Kohl, Schröder und Merkel entwickeln sich vollkommen parallel in der Gesamtheit und unter den über 60-Jährigen. Gewinnt ein Kanzler in der Gesamtbevölkerung an Beliebtheit, so gewinnt er auch unter den über 60-Jährigen. Verliert er umgekehrt an Beliebtheit, geschieht das ebenfalls in beiden Gruppen. Nur das Niveau der Sympathiewerte ist ein anderes. In Ostdeutschland ist Angela Merkel in der

Gesamtbevölkerung bisher die beliebteste Kanzlerin. Kein Kanzler vor ihr konnte – vor allem derart konstant – so gute Beliebtheitswerte erzielen. Auch bei den über 60-Jährigen liegt sie leicht vor ihrem Vorgänger. Bei Gerhard Schröder war der Unterschied in der Bewertung zwischen den Älteren und der Gesamtheit größer als bei Merkel. Sie kann bei allen ostdeutschen Wahlberechtigten mehr Unterstützung erzielen.

Für die alten Bundesländer zeigt sich der erwartete Effekt. Eine stärkere Neigung zur Union verbessert auch die Wahrnehmung der Unionskandidaten unter den über 60-Jährigen. Gleichzeitig verläuft die Bewertung von Helmut Kohl und Angela Merkel bei den Älteren und im Durchschnitt parallel zueinander. Ein Kandidat, der an Beliebtheit gewinnen kann, kann in allen Altersgruppen zulegen. Auch Verluste machen sich in allen Gruppen bemerkbar. Bei der Bewertung der SPD-Kanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder unterscheiden sich die Älteren im Westen nicht vom Durchschnitt. In den neuen Ländern kann auch der SPD-Mann Schröder unter den Senioren besser abschneiden als im Durchschnitt. Im Osten zeigt sich allerdings auch seit 1998 ein leicht höheres Wahlergebnis der SPD unter den über 60-Jährigen, was zur besseren Bewertung des Kandidaten passt.



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

### 4.3 KIRCHENBINDUNG VON 1976 BIS 2011

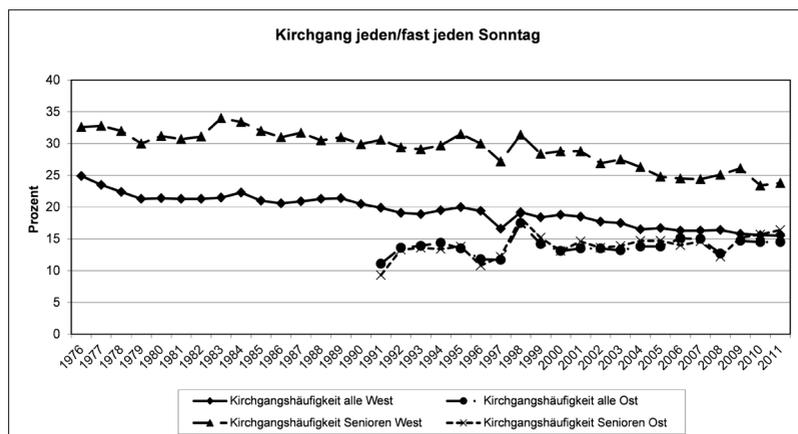
Die bisher betrachteten Einstellungen stehen offensichtlich in enger Beziehung zum Wahlverhalten. Doch wie sieht es mit der Kirchenbindung aus? Kann sie die Wahlentscheidung beeinflussen? Ja, sie kann! Eine ausgeprägte Kirchenbindung geht traditionell mit der Neigung einher, die christliche Union zu wählen. Das gilt auch heute noch. Allerdings ist der Anteil derjenigen gesunken, die eine starke Kirchenbindung aufweisen. Misst man die Kirchenbindung mit Hilfe der Kirchengangshäufigkeit und legt fest, dass diejenigen als stark gebunden gelten, die jeden oder fast jeden Sonntag in die Kirche gehen, ist in Westdeutschland ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Schon in den 1970er Jahren gingen unter den über 60-Jährigen mehr Menschen jeden oder fast jeden Sonntag in die Kirche als in der Gesamtheit. Das ist auch im Jahr 2011 noch so. Aber sowohl in der Gesamtheit als auch bei den älteren Menschen ist die Kirchengangshäufigkeit deutlich zurückgegangen. Die Menschen in Westdeutschland gehen nicht mehr so oft in die Kirche wie noch vor dreißig Jahren. In den neuen Bundesländern ist die Kirchengangshäufigkeit der Senioren sowie der Gesamtheit identisch. Zudem ist sie in den letzten zwanzig Jahren relativ stabil geblieben.

Anfang der 1990er Jahre gingen die Menschen in Ostdeutschland seltener in die Kirche als die Westdeutschen. Seit 2006 gehen die Ostdeutschen in etwa gleich häufig zum Gottesdienst wie der westdeutsche Durchschnitt, da die Kirchengangshäufigkeit in den alten Ländern auf das Niveau der neuen Länder abgesunken ist. Nur die westdeutschen Senioren gehen noch zu einem höheren Anteil jeden oder fast jeden Sonntag in die Kirche.

Hier könnte folglich eine weitere Erklärung für das bessere Abschneiden der Union unter den über 60-Jährigen liegen. Wenn CDU/CSU stärker von Menschen mit einer ausgeprägten Kirchenbindung gewählt werden und unter den Älteren mehr Kirchgänger zu finden sind, ist es nicht verwunderlich, dass die Union unter den Älteren auch mehr Stimmen erzielen kann.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass der allgemeine Rückgang der Kirchenbindung zu einer nachlassenden Bedeutung derselben für das Gesamtergebnis der Union führt. Zwar wählen Kirchengebundene verstärkt CDU und CSU. Ihr Anteil an der gesamten Wählerschaft nimmt jedoch kontinuierlich ab, so dass ihr Einfluss auf das Gesamtergebnis der Unionsparteien nur noch gering ausfällt.



Quelle: Politbarometer; eigene Berechnungen

- 1| Die Darstellungen zeigen eigene Berechnungen auf Basis der Politbarometer der Jahre 1976 bis 2011, die von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. erhoben wurden.
- 2| Harald Schoen / Cornelia Weins, 2005, *Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten*, in: Jürgen W. Falter / Harald Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 187-242.
- 3| Im Folgenden werden die Begriffe Parteibindung, Parteineigung und Parteidentifikation synonym verwendet.
- 4| Vor allem für die FDP und die Linke liegen die Veränderungen bei unter 5 Prozentpunkten und sind damit eher marginal. Zusätzlich sind die Prozentzahlen insgesamt eher niedrig. Da für die Berechnungen die Jahreskumulationen des Politbarometers verwendet wurden, sind die Gruppen dennoch groß genug, um Analysen durchzuführen. 1976 befinden sich 108 FDP-Gebundene im Datensatz, 2011 sind es 339 (Westdeutschland) bzw. 175 (Ostdeutschland). Der Rückgang im Prozentanteil liegt an einer größeren Gesamtstichprobe. Die Linke/PDS kommt in den Daten von 1991 auf 415 Parteianhänger (Ostdeutschland). 2011 sind es 229 (Westdeutschland) und 1157 (Ostdeutschland). Nur am Anfang der Erhebung von Die Linke/PDS in Westdeutschland (1994) sind lediglich 16 Befragte mit Parteineigung zur PDS vorhanden.
- 5| Bei der Parteibewertung wird nur die CDU ohne die CSU betrachtet. Da die Parteiskalometer für CDU und CSU getrennt erhoben werden, spiegeln diese Grafiken im Gegensatz zu den übrigen nur die Werte für die CDU wider.

## 5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Langzeitbetrachtung zeigt, dass es zwischen den über 60-Jährigen und dem Durchschnitt der Befragten vor allem Niveau-, aber nicht unbedingt Tendenzunterschiede gibt. CDU und CSU werden von Senioren häufiger gewählt als von der Gesamtbevölkerung, die Grünen dagegen seltener. Abgesehen von diesem Niveauunterschied entwickeln sich die Wahlerfolge beider Parteien in beiden Gruppen vollkommen parallel. Steigen die Stimmanteile in der Gesamtbevölkerung, steigen sie auch bei den über 60-Jährigen. Sinken sie dagegen im Durchschnitt, dann sinken sie auch bei den älteren Menschen. Sowohl bei den Unionsparteien als auch bei den Grünen werden die gesamtdeutschen Niveauunterschiede überwiegend durch westdeutsche Muster hervorgerufen. In Ostdeutschland sind die Differenzen zwischen älterer und durchschnittlicher Bevölkerung geringer ausgeprägt als im Westen.

Die stärkere Affinität älterer Wähler zu den Unionsparteien führt somit nicht dazu, dass die Zugewinne bei den Älteren überproportional ausfallen. Gleichzeitig verzeichnen die Grünen keine überdurchschnittlichen Verluste bei den Senioren. Stattdessen profitieren die Parteien in allen Altersgruppen gleichermaßen von einer ihnen gewogenen Stimmung. Umgekehrt verlieren sie in allen Gruppen etwa gleich stark, wenn sich die Stimmung dreht. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Senioren natürlich einen stärkeren Einfluss auf das Wahlergebnis haben als beispielsweise die jüngeren Wähler, einfach aufgrund ihrer Gruppen-

größe. 2013 waren nach Schätzungen des Bundeswahlleiters mehr als 20 Millionen Wahlberechtigte über 60 Jahre, aber nur etwa zehn Millionen Wahlberechtigte waren unter 30 Jahre<sup>1</sup>. Gewinne und Verluste bei den älteren Wählern wiegen somit schwerer<sup>2</sup>.

In Übereinstimmung mit den Wahlergebnissen finden sich ebenfalls Niveauunterschiede in der Bewertung der Bundeskanzler. In den alten Bundesländern werden die CDU-Kanzler Kohl und Merkel von den über 60-Jährigen besser bewertet als vom Durchschnitt der Befragten. In den neuen Bundesländern können alle Kanzler seit der Wiedervereinigung unter den Senioren überdurchschnittliche Sympathiewerte erreichen. Aber auch hier unterscheidet sich nur die Höhe der Bewertung. Die Entwicklung über die Zeit verläuft in beiden Gruppen parallel. Auch die Bundeskanzler können also von einer generell positiven Stimmung in allen Altersgruppen gleichermaßen profitieren.

Auch die Analysen zur Erklärung der Wahl von CDU und CSU, die die Parteibindung und -bewertung, die Kanzlerbewertung, die Kirchenbindung, das Geschlecht sowie das Alter umfassen, weisen keinen signifikanten Alterseffekt auf. Stattdessen wird die Wahlentscheidung vornehmlich von der Parteibindung, der Parteibewertung und der Bewertung der Kanzlerkandidaten geprägt. Das gilt für 1976 genauso wie für 2011. Zusätzlich dürften kurzfristige Faktoren und Themen, die in der langfristigen Betrachtung nicht berücksichtigt werden konnten, eine zunehmend wichtige Rolle für die Wahlentscheidung spielen.

Die Niveauunterschiede der Union und der Grünen zwischen Senioren und Gesamtbevölkerung spiegeln folglich unterschiedliche Einstellungen wider, die das Wahlverhalten beeinflussen. Diese Einstellungsunterschiede können durchaus altersbedingt sein, das ist leider nicht abschließend zu klären<sup>3</sup>.

Dennoch legen die Analysen nahe, dass das Alter nicht der entscheidende Faktor für das Wahlverhalten ist. Wenn eine Partei Stimmen hinzugewinnen möchte, kann sie das nur, indem sie alle Altersgruppen anspricht. Denn eine positive Wahrnehmung der Partei oder des Kandidaten wirkt sich unabhängig vom Alter auf alle Wähler aus.

In jedem Fall darf mit Spannung auf die Bundestagswahl 2017 gewartet werden. Denn dann sind die Wähler, die 1972 unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt zum ersten Mal wählen durften, in der Gruppe der über 60-Jährigen angekommen. Bei der Bundestagswahl 2013 lagen sie mit 59 Jahren noch unter der 60-Jahres-Marke. Die Zukunft wird zeigen, wie stark die politische Sozialisation einer Generation tatsächlich langfristig ihr Wahlverhalten beeinflusst.

- 1| Vgl. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/presse/w13001\\_Wahlberechtigte.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/w13001_Wahlberechtigte.html) [Zugriff am 26.09.2013]
- 2| Vgl. auch Sabine Pokorny, 2012, *Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen*, Sankt Augustin/Berlin, S. 6f.
- 3| Und wird vermutlich auch nie endgültig zu klären sein, da die dazu nötigen Daten bisher nicht vorliegen. Um diese Frage zu klären, würden Daten über lange Zeitreihen benötigt, in denen immer wieder dieselben Menschen über ihr Wahlverhalten befragt werden, sogenannte Panel-Daten. Am besten wäre dabei eine lebenslange Befragung der Menschen vom 18. Lebensjahr an. Solche Panel-Daten sind allerdings aufgrund des hohen finanziellen Aufwandes eher selten. Auch technisch sind sie aufwändig, da viele Panel-Teilnehmer irgendwann aus der Befragung aussteigen und neue Befragte rekrutiert werden müssen. Mit dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) gibt es ein Panel, das Daten für vielfältige Analysen bereitstellt. Im SOEP wird die Sonntagsfrage jedoch nicht erhoben. Würde man jetzt ein neues Panel zum Wahlverhalten starten, könnte man in ca. 90 bis 100 Jahren erste Erkenntnisse präsentieren.

## DIE AUTORIN

*Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.*

## ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Sabine Pokorny  
 Koordinatorin Empirische Sozialforschung  
 Hauptabteilung Politik und Beratung  
 10907 Berlin  
 Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 44  
 E-Mail: [sabine.pokorny@kas.de](mailto:sabine.pokorny@kas.de)*